



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IV/106 - 15. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Frankreichs Thron schon wirklich anders...</u> Vor dem Besuch de Gaulles in Bonn Von Günter Markscheffel	96
3	<u>Fürnberg und die deutsche Geschichte</u> Zu Adenauers Rückkehr aus dem Urlaub	42
4	<u>Anstandslektion für "Junge Union"</u> Neuwieder FDP-Oberbürgermeister weist "Junge Union" in die Schranken Aufregung über Empfang von Willy Brandt	45
5	<u>Kommt Oberländer wieder?</u> Ein merkwürdiges Gericht	30
6 - 7	<u>Peking wirkt um Athen, Nicosia und Ankara</u> Bemühungen um politische Stützpunkte in Westen Von Dr. Basil Metacopoulos	64

\* \* \* \*

## Frankreichs Uhren gehen wirklich anders...

Vor dem Besuch de Gaulles in Bonn

Von Günter Markscheffel

Wenn Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle am 20. Mai nach Bonn kommt, wird er ein französisches Sorgenpaket mitbringen, das die Gespräche mit Bundeskanzler Dr. Adenauer belasten dürfte. Die zwischen Bonn und Paris schwebenden Fragen werden daher wahrscheinlich zur andeutungsweise berührt. Deshalb sind bis zur Stunde weder das Bonner Auswärtige Amt noch das Pariser Außenministerium in der Lage, konkrete Auskünfte über die vorgesehenen Gesprächsthemen zu geben.

Es muss erwartet werden, dass Bonn kaum mit irgendwelchen festen Pariser Zusagen bezüglich der zukünftigen französischen Haltung in der Erweiterung des Aufgabenkreises der NATO rechnen kann, so lange Präsident de Gaulle nicht mit Präsident Kennedy gesprochen hat. Dieses Gespräch wird erst Ende Mai in Paris stattfinden.

Unsicherheit herrscht auch -sowohl in Bonn wie in Paris- bei allen Fragen, die das Verhältnis von EWG zu EFTA berühren. Es sollte daher nicht verwundern, wenn am Ende des Besuches von de Gaulle in Bonn ein verhältnismässig nichtesagendes Kommuniqué herausgegeben wird, in dem man bestätigt, dass in allen entscheidenden Fragen volle Übereinstimmung herrscht.

### Der Krieg in Algerien

Staatspräsident Charles de Gaulle hat seine eigenen Sorgen. Am gleichen Tage, an dem er in Bonn eintrifft, beginnen in Evian die wohl von der überwältigenden Mehrheit des französischen Volkes begrüßten Algerienverhandlungen zwischen Vertretern der französischen Regierung und denen der algerischen Freiheitsbewegung. Die letzte Fernseh- und Rundfunkansprache de Gaulles hat insofern Klarheit gebracht, als nunmehr feststehen dürfte, dass die französische Regierung die FLN als Hauptgesprächspartner anerkennt; ausserdem scheint man jetzt in Paris einigermassen klare Vorstellungen von den Voraussetzungen für einen baldigen Friedensschluss in Algerien zu haben. Aber gerade diese von de Gaulle in Aussicht gestellte Marschroute für die Verhandlungen in Evian hatten bei der rechtsradikalen französischen Bevölkerung in Algerien und im Mutterland zu neuer Beunruhigung geführt, deren Auswirkungen noch nicht genau zu übersehen sind.

### "Säuberung" mit Schwierigkeiten

Gleichzeitig steht de Gaulle vor der Aufgabe, die angekündigte Säuberung von Armeespitze und Verwaltung zügig durchzuführen. Wie man aus Paris hört, besteht jetzt schon Klarheit darüber, dass diese Säuberung nicht nur formalen Charakter haben kann, sondern eindeutig politische Akzente tragen muss. Es ist kein Geheimnis, dass eine Umbesetzung von Kommandostellen oder die Versetzung einiger höherer Beamter nicht ausreichen würde, um die Widerstandsnester gegen die Algerienpolitik des Staatspräsidenten tatsächlich zu beseitigen. Das Zögern de Gaulles vor dem Putsch der Algerien-Generale wirkt sich jetzt aus.

Für de Gaulle entsteht dadurch die Frage, ob er genügend starke und demokratisch zuverlässige Kader hat, um die im Verlaufe einer Säu-

berung freiwerdender Stellen richtig besetzen zu können.

### Arbeitnehmer drängen auf Erfüllung sozialer Versprechungen

Im Mutterlande drängen die republikanische Mitte und die demokratische Linke auf die Lösung der grossen sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die besonders die Arbeitnehmerschaft mehr zu bewegen scheinen als alle ausserpolitischen Fragen zusammen.

De Gaulle hat in früheren Gesprächen mit Gewerkschaftsführern aller politischen Richtungen mehrfach angekündigt, er werde sich der sozialen Sorgen annehmen, sobald die Beendigung des Algerienkrieges abzusehen sei. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften in letzter Zeit mehrfach auf grössere Aktionen verzichtet, obwohl in den Betrieben und auch bei den Behördenangestellten und Beamten das soziale Unbehagen immer stärker geworden war. In den Tagen, da man in Paris einen bewaffneten Überfall der putschenden Algerien-Generäle befürchtete, hatten die Gewerkschaften bereits angekündigte soziale Aktionen sogar abgeblasen und dagegen eine riesige Protestdemonstration gegen die Abenteuer in Algerien durchgeführt.

Jetzt aber wollen die Arbeitnehmer die Erfüllung der ihnen gegebenen Versprechungen sehen. Sie sind umso selbstbewusster, als sie sich im Augenblick der Gefahr für das Mutterland äusserst diszipliniert verhalten und ihre Bereitschaft verkündet hatten, gegebenenfalls mit Waffen die republikanische Ordnung zu verteidigen. Dazu ist es zwar, wie man weiss, nie gekommen. Die Massenstimmung im französischen Mutterland jedoch lässt erkennen, dass de Gaulle sicher in eine üble innenpolitische Situation geraten würde, wenn er die Treue der Arbeitnehmer zur Republik nicht als Fundament seiner Staatspolitik betrachtet und dementsprechend handelt.

### Zweideutige Rolle der Kommunisten

Natürlich spielen die Kommunisten hierbei eine nicht unwesentliche Rolle. Sie verfügen in Frankreich ohne Zweifel über die stärkste politische Organisation und können mit Hilfe der von ihnen beherrschten Gewerkschaft CGT in den Betrieben und zum Teil sogar in der Öffentlichkeit das politische Klima bestimmen.

Trotzdem ist die Haltung der französischen KP noch wie vor zweideutig. Einerseits möchten sie de Gaulle mit sozialen und wirtschaftlichen Forderungen unter Druck setzen, andererseits wollen sie vermeiden, dass der Staatspräsident in allzu grosse Schwierigkeiten gerät. Im Hintergrund aller kommunistischen Aktionen steht immer noch die Überlegung, ob man de Gaulle irgendwie aus dem NATO-Bündnis "herausschälen" kann. Um dies zu erreichen wären die französischen Kommunisten sogar bereit, einen Teil ihrer Aktionen in den Grossbetrieben abzuschwächen, in der Hoffnung, de Gaulle immer fester an das, was die französische KP "Republikanische Linke" nennt, zu binden. Bis jetzt haben jedoch alle kommunistischen Spekulationen dieser Art kein greifbares Ergebnis gezeitigt, es sei denn, die französische KP bezeichnet die immer noch unklare NATO-Politik des Staatspräsidenten als einen Erfolg ihrer Taktik.

Frankreichs Position in der Gemeinschaft des Westens ist selbstverständlich unverrückbar. Bevor jedoch de Gaulle nach tatsächlich in Algerien den Schlussstrich zieht, wird man mit gewissen Unklarheiten zu rechnen haben, deren Bedeutung nicht überschätzt, aber auch nicht unterschätzt werden sollte.

Frankreichs Uhren gehen wirklich anders...

## Nürnberg und die deutsche Geschichte

### Zu Adenauers Rückkehr aus dem Urlaub

sp - Man kann von einem so alten Mann wie dem Bundeskanzler nicht verlangen, dass ihn alle vier Jahre etwas Neues einfällt.

So hat er, aus dem Urlaub zurückgekehrt, in Nürnberg jenen Satz wiederholt, den er schon vor vier Jahren an der gleichen Stelle in das deutsche Wählervolk hinausposaunte. Den Satz nämlich: Eine SPD-Regierung würde den Untergang Deutschlands bedeuten. Für ihn ist und bleibt die Deutsche Sozialdemokratie der "Hauptfeind", den er am liebsten ausserhalb des Staates stellen möchte. Ähnliche Aussprüche haben im 19. Jahrhundert schon andere hasserfüllte Gegner der Sozialdemokratie getan. Die Geschichte ging über sie hinweg, die Sozialdemokratie aber ist immer grösser und stärker geworden.

Eine Lüge, wenn auch tausendmal wiederholt, zerschellt schliesslich an der Wahrheit. Und die Wahrheit ist: Ungezählte sozialdemokratische Männer und Frauen haben nach dem Zusammenbruch 1945, buchstäblich von vorn anfangend, aus Schutt und Trümmern unsere zerstörten Städte und Gemeinwesen zu einer neuen, damals nicht gekannten Blüte geführt.

Keine Gemeinde, keine Stadt und kein Land, von Sozialdemokraten geführt, ist "untergegangen".

Die Leistungen dieser Partei im kommunalen Bereich und auf Länderebene - man braucht dabei nur an Hessen zu denken - zeugen von einem Schöpfungs- und Aufbauwillen, den niemand besitzen kann, der darauf ausgeht, unser Volk und Land "untergehen" zu lassen.

Nach dem ersten Weltkriege fiel der Deutschen Sozialdemokratie zum ersten Male, wenn auch nur für kurze Zeit, die Verantwortung für Volk und Vaterland nach dem Sturz der Hohenzollerndynastie zu. Wie hat sie diese Verantwortung gemüsst, wie wurde sie ihr gerecht?

Die Geschichte gibt darauf eine eindeutige Antwort. Der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert, von dem Theodor Hauss sagte, er habe in einer Stunde königlich gehandelt, wo Könige versagten, war es, der als Hüter der Reichseinheit sich unvergänglich in das Buch der deutschen Geschichte eingetragen hat. Er musste sich mit den separatistischen Kräften auseinandersetzen, die damals den Zusammenhalt der deutschen Nation in seiner Wurzel bedrohten.

Seiner Partei, oben die von Adenauer geschmähte Sozialdemokratie, blieb es vorbehalten, die nach Deutschland schlagender Wellen der bolschewistischen Revolution zum Stillstand zu bringen. Die Geschichte von damals widerlegt die Lügen von heute. Über Adenauer, der Mann von Geiern, wird auch die ihrer unerbittlichen Sprüche fallen.

### Anstandslektion für "Junge Union"

#### Aufregung über Empfang von Willy Brandt

L.Sch.- Eine Lektion über selbstverständliche Gepflogenheiten in einer Demokratie, wie auch im politischen Anstand, musste sich der Kreisvorstand der "Jungen Union" in der rheinland-pfälzischen Stadt Neuwied vom örtigen Oberbürgermeister erteilen lassen. Die auf den Mann dressierten CDU-Jungmänner hatten "mit Entsetzen festgestellt", dass Oberbürgermeister Dr. Friedrich Buchheim, der für die Freien Demokraten als Bundestagskandidat auftritt, den Regierenden Bürgermeister von Berlin und Kanzlerkandidaten der SPD bei seiner Deutschlandreise auch in Neuwied offiziell zu begrüßen gedachte. Am Vortag des geradezu triumphalen Empfangs, der Willy Brandt am letzten Samstag in zahlreichen kleinen Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz von der Bevölkerung bereitet wurde, schnitt der Junge-Union-Giftpfeil vom Köcher in die Leserbrief-Böden der örtlichen Zeitungen, worauf sich auch der Regionaldienst der Deutschen Presse-Agentur an den kräftigen Formulierungen gütlich tat. Dr. Buchheim, so stand da zu lesen, missbrauche mit diesem Verhalten sein Amt als Oberbürgermeister und solle sich überlegen, ob er der SPD für den Wahlkampf Schützenhilfe leisten wolle.

Der "Bannstrahl" verfehlte aber völlig seine Wirkung. Am Nachmittag des 13. Mai hiess Oberbürgermeister Dr. Buchheim seinen Berliner Kollegen in Neuwied herzlich willkommen. Er erwähnte dabei die Verschiedenartigkeit der politischen Auffassungen, unterstrich aber zugleich mit unverkennbarer Blickwendung zu seinen anmassenden Kritikern, dass für das Gedeihen einer Demokratie bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung die persönliche Achtung vor dem anderen nötig ist.

Ins Stammbuch der "Jungen Union" ist ein Leserbrief des korrekten Stadtoberhauptes von Neuwied geschrieben. Darin wird der Vorwurf der "Jungen Union" als eine Diffamierung bezeichnet. Der legale Repräsentant Berlins habe Anspruch darauf, bei einem Besuch ebenso vom Stadtoberhaupt begrüsst zu werden, wie dies die CDU sicherlich für ihre Minister Strauss und Wirmeling verlangen würde und wie dies für ihn auch gegenüber prominenten Wissenschaftlern und Künstlern eine Selbstverständlichkeit sei. Mit Methoden der Diffamierung und Verfehlung und mit dem zweierlei Mass, deren Anwendung hier erkennbar werde, habe man innerhin in nicht allzu ferner Vergangenheit bittere Erfahrungen gemacht. Die Einstellung der "Jungen Union" könne man nur mit Ernst und Sorge betrachten, weil Wachsamkeit gegen Unduldsamkeit und Verkettung nach allen Seiten geboten sei.

Mit dem eindeutigen Beweis, dass die elementaren Spielregeln des menschlichen und politischen Zusammenlebens in Wahlkampfzeiten von der CDU/CSU und ihren Anhängseln ausser Kraft gesetzt werden, ist erneut die Notwendigkeit unterstrichen, den politischen Leber in der Bundesrepublik zu einer neuen Sätt zu vernehlen!

Kommt Oberländer wieder?

B.E. - Ein Gerücht in Bonn will nicht verstummen: Es heißt in CDU-Kreisen, der frühere Vertriebenenminister Oberländer soll wieder auf die Liste zukftiger Bundesminister gesetzt werden, oder sogar schon vor der Bundestagswahl in Amt und Würden gelangen. Freunde Oberlnders haben dafür gesorgt, dass der unstrittene Mann, entgegen den Wünschen von Männern wie Dr. Krone und Dr. Gerstenmaier, kurz vor dem CDU-Parteitag in Köln demonstrativ zum Vorsitzenden des Landesverbandes Ode/Weisse der CDU/CSU gewählt wurde. Jetzt drängen dieselben Kreise auf eine "völlige Rehabilitierung" Oberlnders.

Zur Begründung dieses merkwürdigen Unternehmens wird angeführt, der Ehrenrat der CDU habe seinerzeit Oberländer von allen gegen den früheren Bundesminister erhobenen Vorwürfe freigesprochen, und seine trotzdem erfolgte Entlassung aus dem Ministeramt sei in folgedessen nicht zu verstehen. Ein von allen Verchtigungen rein-gewaschener Politiker habe es nicht notwendig, sich "auf den Hinterbnken des Parlamentes her auszudrücken, zumal die Verdienste Oberlnders um die deutsche Ostpolitik außer Zweifel stnden".

In diesem Zusammenhang wird auch vermerkt, die Bonner Staatsanwaltschaft habe einen Klageersuchen gegen Journalisten, die geschrieben hatten, Oberländer sei einer der intellektuellen Urheber des deutschen Dramas im Osten, stattgegeben. Daraus sei zu schliessen, dass Oberländer immer noch als "persona grata" gelte.

So unglaublich die Aktivität der Oberländer-Freunde um dessen "Rehabilitierung" erscheinen mag, so erstannlich ist es andererseits, dass gegen Oberlnders erneute Kandidatur zum Bundestag bisher noch keinerlei Einspruch seitens der CDU-Leitung bekanntgeworden ist. Um ein für allemal die Gerüchte um Oberlnders Wiederaufstieg in der westdeutschen Politik abzustoppen, wäre es sicher angebracht, wenn die CDU offiziell ihre Auffassung hierzu kussern würde.

15. Mai 1961

Peking wirbt um Athen, Nicosia und Ankara

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Wie diplomatische Beobachter, die der griechischen Delegation bei der UEC nahe stehen, feststellen konnten, bemüht sich in letzter Zeit die Volksrepublik China mit der ihr eigenen Aufdringlichkeit um Kontakte mit den Vertretern einiger westlicher Länder. Neben den Sprechern Griechenlands sind es die Abgeordneten der Türkei und Zypern, die offensichtlich in den Vordergrund fernöstlicher Interessen gerückt sind. Man braucht nicht verwegen zu erskeln, wenn man als Ziel der jüngsten rotchinesischen Aktivität die Zusicherung der betroffenen Staaten sieht, bei den Diskussionen und der Abstimmung über die Anerkennung des rotchinesischen Machtblocks und seines Eintritts in die UEC zugunsten Peking's die Werbetrommel zu rühren.

Die T ü r k e i befindet sich innenpolitisch zur Zeit in einer Stagnation, wobei die Notwendigkeit, den Belagerungszustand über das ganze Land zu verlängern, für Staatschef Gürsel nur eines der alarmierenden Symptome sein dürfte. Es ist anzunehmen, dass sich an der grossen aussenpolitischen Linie der Türkei nichts ändern wird, solange die neuen Machthaber in Ankara noch keine allgemeine innenpolitische Stabilität verzeichnen können.

G r i e c h e n l a n d hat gegenwärtig wohl keine Veranlassung, einen derart folgenschweren Schritt, wie es eine staatspolitische Anerkennung Rotchinas bedeuten würde, zu unternehmen. Dies um so weniger, als die Stellung und die eigentlichen Motive dieser kommunistischen Macht auf dem Balkan mysteriös sind. Der intensive Sympathieaustausch zwischen dem roten Drachen und der kleinen Maus an der Adria (=Albanien) erregt okzidentale Gemüter der angrenzenden Nachbarstaaten. Interessant und im Hinblick auf die neuerlichen Bemühungen Peking's allerdings verständlich ist die Tatsache, dass der militante Jargon gegenüber Griechenland, wie er aus Tirana tört, von den Abgesandten Rotchinas nicht übernommen wurde. Es ist möglich, dass das Verhalten der griechischen Delegation bei der Abstimmung über die Anerkennung Rotchinas bei der UEO-Debatte

1956 zu falschen Rückschlüssen verleitet. Die damalige Stimmenthaltung Griechenlands sollte die Quittung sein für die negative Reaktion und Stimmgabe der nationalchinesischen Vertreter bei der Abstimmung über das Selbstbestimmungsrecht des zypriotischen Volkes. Augenblicklich sind sich alle politischen Kreise Athens darin einig, dass ein Alleingang und die Pionierarbeit in einer Frage, die mit den Beziehungen der grossen Weltmächte direkt verknüpft ist, nicht ohne weiteres opportun sei, zumal es sich in diesem Fall um eine einseitige Hilfestellung aus dem westlichen Lager handeln würde.

Etwas anders liegen die Fakten dagegen bei Z y p e r n. Obwohl Zypern jüngst Mitglied des Commonwealth wurde, hat sein Staatsoberhaupt Erzbischof Makarios wiederholt erklärt, dass sich die Aussenpolitik Nikosias unabhängig von den eingefahrenen Gleisen der mächtigen und rivalisierenden Weltkräfte gestalten würde. Diese Einstellung zeigte sich deutlich bei der letzten Algeriendebatte vor der UNO, bei der Zypern eigene Pläne vorlegte.

Als Fazit bleibt die Feststellung, dass unter den gegebenen Umständen Peking nicht mit drei westlichen Befürwortern seiner Anliegen rechnen kann. Es bleibt abzuwarten, welches Kapital Peking weiterhin aus der gelungenen Fussfassung auf den Balkan via Tirana machen wird. Der erste Versuch zu einem Dialog wird bestimmt andere Varianten finden. Etwas anders glaubt man in alliierten Kreisen New Yorks, dass alle Anzeichen dafür sprechen, dass auch Bulgarien sich mehr und mehr nach dem fernöstlichen grossen Bruder ausrichtet. Sollte sich diese ideologische Richtungsänderung zeigen, wäre dies immerhin der zweite Ostblockstaat in Europa, der die Priorität Moskaus erzwweifelt.

Es bedarf keiner Frage, dass nicht nur im westlichen Lager die ganze Entwicklung mit regem Interesse verfolgt wird. Gegenüber Jugoslawien hat Peking seine überspitzte Animosität beibehalten und bekämpft in der bekannt scharfen Gangart den "Revisionismus" als eine "innere Bedrohung der sozialistischen Weltrevolution".

+ + +